

Marktgemeinderat bewilligt 172 000 Euro für DSL-Ausbau

Schierling-Süd sowie Allersdorf und Manssdorf werden mit Glasfaserkabel versorgt – Kiendl kritisiert Bund

Schierling. (aw) Der Marktgemeinderat hat zum Jahresende noch einmal kräftig in die Geldschatulle gegriffen und für den DSL-Ausbau (schnelles Internet) für Schierling-Süd sowie Allersdorf und Manssdorf mit Glasfaserkabel eine Eigenbeteiligung von 172 000 Euro beschlossen. Obwohl die Entscheidung fast einstimmig fiel, war sie nicht leicht. Bürgermeister Christian Kiendl kritisierte mit scharfen Worten, dass der Bund vor Jahren Milliarden für die Lizenzen einsteckte, sich jetzt aber an der Finanzierung der flächendeckenden schnellen „Daten-Autobahn“ nicht beteiligt, sondern die Kommunen hangen lasse.

Anders als der Freistaat Bayern, so Kiendl, der für jede Gemeinde einen Zuschuss von maximal 100 000 Euro zur Verfügung stellt. Weil aber für den Ausbau anderer Teile der Gemeinde Schierling bereits rund 65 000 Euro davon abgerufen worden sind, blieben für die

sen Teil noch etwa 35 000 Euro übrig. „Ich möchte noch einmal klar festhalten: obwohl es sich bei der Breitbandversorgung nicht um eine kommunale Aufgabe handelt, sitzen wir als Gemeinde im Boot“, so ein sichtlich gestresster Bürgermeister. Denn eigentlich müsse der Bund von seinen eingenommenen Milliarden etwas herausrüchen, und zwar ganz egal von welchen Parteien die Bundesregierung gestellt wird.

Kiendl erinnerte daran, dass bei einem ersten „Auswahlverfahren“ mit dem Angebote von Telekommunikationsunternehmen eingeholt wurden nicht die gewünschten Lösungen erreicht werden konnten. Deshalb wurde ein zweites Verfahren nachgeschoben. Zwei Angebote sind daraufhin eingegangen. Kiendl halte von der Telekom eines für eine Richtfunklösung erwartet, weil dies bei einer Besprechung so angedeutet worden war. Das sei aber leider nicht gekommen, sondern das Angebot über einen Ausbau mit Glasfaserkabel. Das sei zwar das beste

aber auch das teuerste, so der Bürgermeister. Er verhehle nicht, dass es über Funk auch andere Übertragungslösungen gibt, die viel günstiger sind. Für die östlichen Gemeindeteile etwa habe Vodafone eine Funklösung aufgebauscht, die eine „stabile Lösung“ darstelle. Der Bürgermeister schlug die von der Telekom angebotene Lösung vor.

„Wie kommt die Gemeinde wieder zu ihrem Geld?“, fragte Erich Fischer, so die Antwort. Ob es denn keine Möglichkeit gebe, Gebühren zu erheben, hakte Fischer nach. Nein, denn anders als bei allen anderen öffentlichen Einrichtungen kann in diesem Fall die Gemeinde keinerlei Einnahmen generieren, wurde ihm geantwortet. Fischer wollte auch noch wissen, wie viele denn wirklich davon einen Vorteil haben. Wolfgang Kumpfmüller schlug vor, jetzt auch gleich die Anschlussmöglichkeit für das neue Gewerbegebiet an der Blönu zu sichern. Armin Buchner sprach von einer „erfreulichen Situation“. Für

Rudolf Eisenhut war es die richtige Lösung, auch wenn sie ein „Heidengeld“ kostet. Konrad Beck fragte, wie man mit den östlichen Gemeindeteilen umgehen werde. Elfriede Treppesch wünschte, dass die Telekom zu einer genau beschriebenen Leistung verpflichtet wird. Für Maria Feigl ist es dem Bürgermeister zu verdanken, dass es zu dieser Lösung überhaupt gekommen ist.

Buchner wies den Erfolg dem geschickten Verhandeln der Bürgerinitiative zu. Das löste heftigen Protest Kiendl's aus: „Wer hat das erneute Auswahlverfahren angestoßen und Gespräche mit der Telekom vermittelt?“, fragte er und stellte fest, dass die BI zum Teil kontraproduktiv gearbeitet habe. Denn für eine gute Lösung brauche man einen engen Kontakt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht die öffentliche Kritik. Kiendl wünderter öffentlicher Kritik. Kiendl wünderter sich in Richtung SPD, dass keiner danach frage, wo das Geld herkomme. „Wenn es um die Ortsverbesserung geht, da wird sofort bei kleinen

Beträgen kritisch nachgefragt“, so Kiendl. Werner Braun stellte fest, dass drei Viertel den Süden Schierlings und ein Viertel die Gemeindeteile betreffe. Schließlich stimmte nur Michael Bomer gegen die vom Bürgermeister vorgeschlagene Lösung.

Die Änderung des Bebauungsplans für das Wohngebiet „Am Hochweg II Unterdegggenbach“ mit der Verkleinerung der Parzellen wurde als Satzung beschlossen. Der Wirtschaftsplan wurde zur Kenntnis genommen und der Erschließungsvertrag für das Gewerbegebiet „Esper Au“ genehmigt. Die Aufstellung eines Bebauungsplans mit Veränderungssperre für ein Gebiet im Westen wurde bekräftigt, nachdem es gegen den gleichen Beschluss vom Juli formelle Bedenken gegeben hatte. Das Blockheizkraftwerk in der Placidus-Heinrich-Grund- und Mittelschule arbeitet jetzt ruhig und der Kamin bekommt noch einen Schuttschutz, erläuterte Hermann Diermeyer von der Bauabteilung.